

Westdeutsche Zeitung vom
05.08.2015, S. 1

Streit um Kosten für Flüchtlinge

ASYLBEWERBER Kommunen fordern volle Erstattung von Bund und Land. Die NRW-CDU sieht das Land in der Pflicht.

Berlin/Düsseldorf. Die Kommunen in NRW fordern eine komplette Übernahme der Kosten für Flüchtlinge. Aktuell bekommen sie vom Land eine Pauschale. „Pauschalen zur Erstattung der Kosten bei der Flüchtlingsbetreuung können immer nur ein Zwischenschritt sein. Denn die Erstattungssumme berechnet sich meist auf Basis von Daten der Vergangenheit“, sagte Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds. „Das bildet die Dynamik bei den Flüchtlingszahlen nicht ab.“ Perspektivisch müssten den Kommunen die Kosten komplett von Bund und Land erstattet werden.

Manche Bundesländer erstatten die Kosten komplett

Die Landesregierung will den Bund in die Pflicht nehmen. „Der Umgang mit Flüchtlingen ist eine nationale Aufgabe“, sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) und forderte eine Kopfpauschale vom Bund für jeden Flüchtling. Die CDU-Opposition im Landtag sieht dagegen das Land im Zugzwang. „Es gibt viele Bundesländer, die den Kommunen die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen komplett oder fast komplett erstatten – etwa Bayern, Mecklenburg-Vorpommern oder das Saarland“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion, André Kuper. Ob das Geld über eine Kopf-

pauschale des Bundes fließt oder nicht, sei zweitrangig.

Derweil will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit vier Entscheidungszentren den Berg von unbearbeiteten Asylanträgen abbauen. Durch die Zentren mit jeweils 50 Entscheidern erhofft sich Amtsleiter Manfred Schmidt einen Abbau der 240 000 Asylanträge. Vor allem sollen Anträge aus Syrien, Eritrea und dem Irak bearbeitet werden, wo die Schutzquote bei fast 100 Prozent liegt. *Red*

» Hier und Heute

Soll der Bund die Kosten für Flüchtlinge komplett bezahlen?

wz.de
solinger-tageblatt.de
rga.de

Sofortige Hilfe

Flüchtlingen zu helfen ist eine humanitäre Verpflichtung, der sich die Kommunen stellen. Das ist nicht nur ehrenhaft, sondern auch eine Frage des Geldes. Viele Gemeinden an Rhein und Ruhr leben seit Jahren mit der Bürde eines Nothaushalts und brauchen dringend Hilfe bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Stattdessen erleben sie ein Gerangel zwischen Bund und Ländern, wer die Kosten übernimmt. Damit ist niemandem geholfen. Wenn es nicht bald zu einer Einigung kommt, spielt die Politik so Flüchtlinge und Bürger gegeneinander aus.

ulrich.hoeck@wz-plus.de